Redaktion, Verlag und Druck von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr monatlich 12½ Sgr.; für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 366 Abendblatt. Donnerstag, den 8. August. 1867.

Deutschland.

□ **Berlin,** 7. August. Die heutige „Prov.-Corr." enthält einige Mittheilungen über den Staatshaushalt, welche geeignet sind, einer Irreleitung der Bevölkerung zum Zweck oppositioneller Reichstagswahlen vorzubeugen. Die Abneigung gegen Steuern aller Art ist ein gar zu bequemes wirksames Agitationsmittel gegen die Regierung, daß die Opposition nicht in erster Linie zu diesem Werkzeuge seine Zuflucht nehmen sollte. Aber je leichter es ist, durch Entstellung der Thatsachen die große eines tieferen Einblicks in die Staatsbedürfnisse und Verhältnisse unfähige Masse der Steuerzahler zur Opposition gegen jede Veränderung der Steuerverhältnisse zu verleiten, die nicht unmittelbar eine Erleichterung bringt, desto größer ist auch die Verletzung der Bürgerpflichten und der Mißbrauch des politischen Einflusses, wenn auf diesem Gebiete der Parteizweck über das Staatsinteresse gestellt, und die öffentliche Meinung unbegründeter Weise zum Mißtrauen angereizt wird, wo vielmehr die einflußreichen Politiker berufen wären, durch angemessene Belehrung und Aufklärung des ungebildeten Publikums die Durchführung nothwendiger und nützlicher Steuerreformen der Regierung zu erleichtern. — Von Weimar aus courfirt wieder die Nachricht, daß der 27. d. M. bereits als Wahltag bestimmt sei; ich kann jedoch bis heute meine frühere Meldung aufrecht erhalten, daß die definitive Entscheidung über den Wahltag noch nicht erfolgt ist. Nach Art. 12 der Bundesverfassung hat das Bundes-Präsidium den Wahltermin zu bestimmen, selbstverständlich unter Berücksichtignng der Verhältnisse und der Ausführbarkeit in den einzelnen Bundesstaaten, mit deren Regierungen darüber möglichstes Einvernehmen herbeigeführt wird. Nach diesen Erörterungen zwischen Bundes-Präsidium und Bundes-Regierungen steht bis jetzt aber nur fest, daß die Vorbereitungen zu den Wahlen nicht vor dem 27. d. M. im ganzen Bundesgebiet getroffen resp. beendigt sein werden. — Die Reise des Königs nach Ragatz darf nun bestimmt als aufgegeben betrachtet werden und wird jedenfalls Ostende, den früher schon von mir gemeldeten Dispositionen entsprechend, zur Nachkur ausersehen werden. Der Aufenthalt des Königs in Ems wird in Folge dessen noch um einige Tage verlängert werden, auch Graf Bismarck's Rückkehr nach Berlin später, als beabsichtigt war, erfolgen. Nach Rückkehr des Minister-Präsidenten wird der Unterstaats-Sekretär v. Thile seinen Urlaub antreten und in Marienbad Aufenthalt nehmen. — Ueber den Krieg in den La Platastaaten sind Nachrichten eingegangen, welche noch kein Ende in Aussicht stellen, weder durch gegenseitige friedliche Vereinbarung, noch durch die Entscheidung der Waffen; die Erbitterung zwischen den kriegführenden Staaten hat sich mit den schon gebrachten furchtbaren Opfern (man rechnet schon die Hälfte der waffenfähigen Bevölkerung) erheblich gesteigert und der Krieg soll schon den Charakter eines Vernichtungskampfes der Raçen angenommen haben. — Der Bericht der „B. B.-Z." über die Verhandlungen mit den Hansestädten wegen des nach Art. 38 der Bundes-Verfassung für die Dauer des Ausschlusses aus dem Zollvereinsgebiet zu zahlenden Aversum's, läßt die Regierung eine Stellung zu der Angelegenheit einnehmen, welche mit den mir gewordenen Informationen nicht in Einklang zu bringen ist. Der Artikel läßt unzweideutig den sofortigen Anschluß der Hansestädte als ein dringendes mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu realisirendes Verlangen der Regierung erscheinen; vorläufig habe ich noch Grund, die Stellung der Regierung zu dieser Frage als eine unbefangene, ganz objektive, aufzufassen und anzunehmen, daß die Regierung nicht die Absicht hat, das Aversum etwa als Zwangsmittel anzuwenden oder überhaupt mit Pressionsmitteln sich an dem Parteikampf zu betheiligen.

Berlin, 8. August. Gerüchtsweise verlautet aus Kassel, daß man daselbst einen Besuch des Königs erwarten zu dürfen glaubt.

— Mit dem 7. Oktober d. J. würde der bei der Stuttgarter Uebereinkunft zwischen den vier süddeutschen Staaten festgesetzte Termin eingetreten sein, mit welchem in einer abermaligen Militär-Konferenz über die zukünftige Militär-Organisation derselben ein definitiver Beschluß gefaßt werden sollte. Auch ist von Baiern den drei anderen süddeutschen Staaten in Betreff dieses Uebereinkommens bereits eine Erinnerung zugegangen nnd wird von München aus diese neue Zusammenkunft als auf Ende September angesetzt bezeichnet. Der militärische Korrespondent der „Pos. Ztg." hat zu diesen süddeutschen Verhandlungen wenig Vertrauen. Er führt aus: Darmstadt hat beinahe noch unter dem Eindruck der Verkündigung, daß in Stuttgart eine vollkommene Uebereinstimmung der vier süddeutschen Staaten über die künftige Organisation ihres Wehrwesens erzielt worden wäre, für sein gesammtes Kontingent die preußische Organisation angenommen. Baden stand im Begriff, das Gleiche zu thun, und es ward damals sicher nicht ohne Grund von den verschiedenen Seiten her berichtet, daß im Anschluß an das norddeutsche Heer das badische und darmstädtische Kontingent bestimmt seien, ein 1. süddeutsches oder 13. norddeutsches Armeekorps zu bilden. Durch irgend welche geheime Einflüsse ist dieser bereits als vollkommen gesichert angesehene Anschluß jedoch später wieder in's Stocken gekommen, nichtsdestoweniger aber hat auch Baden in beinahe allen Einzelnheiten die preußischen Militär-Einrichtungen acceptirt. Dann sind auch Baiern und Würtemberg ihren eigenen Weg gegangen und zum Entschiedensten hat dies der letzte Staat gethan. Auch von ihm sind zwar das Kommando, das Exerzitium, die Formationsgrundsätze für die einzelnen Waffengattungen und die Bewaffnung der Infanterie und Artillerie den preußischen Heereseinrichtungen entlehnt, gleichzeitig jedoch ist im In- und Auslande ein bisher von der würtembergischen Regierung noch nicht widersprochener Entwurf für die künftige Organisation der würtembergischen Streitkräfte veröffentlicht worden, wonach der Stand der stehenden würtembergischen Truppen von zur Zeit 19 Bataillonen und 17 Eskadrons auf 15 Bataillone und 16 Eskadrons herabgesetzt, daneben aber eine beinahe vollkommen dem Schweizer Wehrsystem nachgeahmte Wehrorganisation des Landes begründet werden sollte. Auch in Baiern ist so eben noch ein aus den Abgeordnetenkreisen hervorgegangener Wehr-Entwurf der Regierung unterbreitet worden, welchen diese nach ihrer Erklärung bei der bevorstehenden neuen süddeutschen Militärkonferenz zur Sprache zu bringen gedenkt und der in der Hauptsache darauf abzielt, die Grundsätze der preußischen und der Schweizer Wehrverfassung mit einander zu vereinigen. Daß bei der prinzipiellen Verschiedenheit dieser beiden Wehrsysteme eine derartige Vereinigung nun und nimmermehr ein praktisches Resultat ergeben kann, dokumentirt sich in der Verfahrenheit des erwähnten Entwurfs freilich auf den ersten Blick, scheint aber nach Allem doch in Süddeutschland durchaus nicht in gleichem Maße gewürdigt zu werden. Wenn indeß im vorigen Frühjahr in Stuttgart keine Einigung erzielt werden konnte, so steht dies jetzt jedenfalls noch viel weniger zu erwarten, denn jener würtembergische wie baierische Entwurf geben an sich mindestens darüber einen Begriff, wie sehr die Meinungen in Süddeutschland auseinandergehen und welchen Widerstand die betreffenden Regierungen bei einer wirklichen Einigung über ein festes und starkes Militärgefüge in ihren Kammern zu besiegen haben würde; die Pression des Auslandes für diesen Fall dabei noch ganz außer Acht gelassen. Je ernster sich jedoch die deutsch-französische Verwickelung gestaltet, je bedenklicher muß diese Verschleppung erscheinen, denn gewiß muß es doch als abnorm betrachtet werden, daß, während Norddeutschland bei 29 Millionen Einwohnern über 800,000 Mann aufzustellen im Stande sein würde, Süddeutschland bei (nach der letzten Zählung von 1864) 8,516,666 Einwohnern Alles in Allem nur über 115,544 Mann verfügt, von denen außerdem nur 60,750 Mann im Felde aufzutreten bestimmt sind. Ein entschiedenes Einwirken Norddeutschlands für die endliche Einführung eines besseren und gesicherten Zustandes im deutschen Süden dürfte demzufolge beinahe unerläßlich scheinen.

— Auf höhere Veranlassung sind die Regierungen jetzt bei den Obrigkeiten der Stadtgemeinden mit Verfügungen wegen Besserstellung der Lehrer in ihren Gehältern vorgegangen, wobei sie meist die Gehalts-Minima vorgeschrieben haben. Danach scheint es, als ob das schon lange erwartete und auch zugesagte Lehrer-Dotationsgesetz wieder hinausgeschoben ist. Ein Grund dieses Aufschubs dürfte auch in der Erwerbung der neuen Lande liegen, deren Verhältnisse man erst kennen lernen möchte, um dann das neue Gesetz für den ganzen Staat ohue Ausnahme erlassen zu können.

— Friedrich Haase hat von dem Stadttheater in Newyork einen Gastspielantrag für vorläufig zwanzig Abende im nächsten Jahre erhalten mit einer festen Garantie von 15,000 Doll.

— Zufolge Reskriptes vom 11. Juli d. J. hat das Königliche Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten sämmtliche Fakultäten der Kieler Universität definitiv zur Ertheilung akademischer Grade ohne spezielle höhere Genehmigung ermächtigt.

— Dem Frankfurter Handelsverein ist auf seine Eingabe an das Handels-Ministerium, von einer Einführung der für die älteren Landestheile bestehenden Versicherungs-Gesetzgebung in Frankfurt a. M. Abstand zu nehmen und bis zum Erlasse eines allgemeinen Versicherungs-Gesetzes für den norddeutschen Bund es bei den bisherigen Einrichtungen zu belassen, ein Bescheid geworden, der von allgemeinerem Interesse ist und den wir deshalb nachstehend mittheilen: „Auf die an den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten gerichtete Vorstellung eröffnen wir dem Frankfurter Handelsverein, daß in den der preußischen Monarchie neu einverleibten Landestheilen die dort bestehenden Gesetze über das Versicherungswesen vorläufig in Kraft bleiben und daß es auch nicht in der Absicht liegt, die für die älteren Landestheile zur Zeit geltende Versicherungsgesetzgebung dort einzuführen. Dem in Bezug auf Frankfurt a. M. kundgegebenen Wunsche ist somit bereits entsprochen. Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten. Im Auftrage: Delbrück. Der Minister des Innern. Im Auftrage: Sulzer."

Breslau, 6. August. In der Nacht vom 7. zum 8. Juli d. J. wurde aus der Kasse der Königlichen Zwangsanstalt zu Graudenz die Summe von 15,804 Thalern gestohlen, welche in Points von 100, 50 und 25 Thlrn. Kassenanweisungen bestand. Gestern ist es dem Polizei-Kommissarius Anders in Ohlau gelungen, den Dieb in dem Dorfe Zechelwitz (zwischen Hundsfeld und Trebnitz) zu verhaften. Der Verhaftete hatte hier eine Besitzung angekauft. Gleichzeitig wurde noch eine Summe von 11,000 Thlr. vorgefunden. Der Name dieses Verbrechers ist Jassy, doch war er unter dem angenommenen Namen Jacoby in hiesiger Gegend aufgetreten.

Hannover, 6. August. Die Herren Vertrauensmänner sowie der Herr Civilkommissar v. Hardenberg sind gestern Mittag von Berlin hier wieder eingetroffen und nach ihren resp. Wohnorten zurückgekehrt. Graf Münster, R. v. Bennigsen und Regierungsrath Küster werden indeß noch einige Tage in Berlin verweilen, um noch mehre der besprochenen Angelegenheiten zum formellen Abschlusse zu führen. Ueber die Resultate der Berathungen theilt der „Hann. Cour." Folgendes mit: „Die Ritterschaft soll auf den Kreistagen das Drittel der Stimmen erhalten. Die neu zu errichtende Generalkommission für Regulirung agrarischer Verhältnisse wird wahrscheinlich nach Hildesheim kommen, um diese Stadt für den Verlust der Landdrostei zu entschädigen. Mit Befriedigung wird namentlich auf dem Lande vernommen werden, daß die von den Landdrosteien den Wegeverbänden gemachten Zusagen wegen Beihülfen zur Abtragung der für Wegeanlagen kontrahirten Anleihen auch unter den veränderten Verhältnissen erfüllt werden sollen. Der Klosterfonds wird seiner bisherigen stiftungsmäßigen Verwendung ausschließlich für die Provinz Hannover erhalten bleiben; ob die Verwaltung hier bleibt oder nach Berlin verlegt wird, soll noch nicht bestimmt sein. Die hannoversche lutherische Kirche wird dem Ober-Kirchen-Rathe in Berlin nicht unterstellt werden. Wird kein Provinzialfonds ausgeworfen, so dürften die Ausgaben für milde und gemeinnützige Zwecke, welche in Altpreußen von den einzelnen Provinzen aufgebracht werden, für Hannover aus der Staatskasse bestritten werden. Für den zoologischen Garten hierselbst soll die Regierung ihr lebhaftes Interesse durch eine bedeutende pekuniäre Unterstützung bethätigen wollen. — Die Provinziallandschaften werden dem genannten Blatt zufolge, bald Deputirte wählen, welche hier schon in nächster Zeit, vielleicht schon Ende d. Mts. über mehrere wichtige Aenderungen in der bestehenden Gesetzgebung gemeinsam berathen.

Quedlinburg, 5. August. Die heutige erste Sitzung des norddeutschen Handwerkertages begann Morgens um 9 Uhr in dem festlich geschmückten Saale des Vereinslokals. Es mochten etwa 100 Deputirte aus verschiedenen Ländern Norddeutschlands sich eingefunden haben. Nachdem die nothwendigen geschäftlichen Sachen (Präsidentenwahl, Aufstellung der Tages- und Geschäftsordnung rc.) abgemacht waren, begannen die eigentlichen Verhandlungen, welche durch die Opposition der beiden einzigen Gegner der Ortsverbrüderungen, der Herren Dr. Sachse und Hutmacher Heine aus Halberstadt, etwas lebhaft wurden. Außer diesen Herren sprachen noch die Herren Panse aus Berlin, Friedrich aus Danzig, Zeitler aus Dresden, Neuhaus aus Berlin (der auch von der Versammlung zum ersten Präsidenten gewählt war), Kaffka aus Berlin, Oberlehrer Pfau von hier und einige andere. Am Vormittag einigte man sich darüber, daß die Vereine an die Regierung resp. an S. Maj. den König eine Petition einreichen wollen, in welcher darum gebeten wird, die Zuchthäuslinge so weit wie möglich nur mit Arbeiten für den Staat und nicht für Privatunternehmer zu beschäftigen. Besonders sollten diese Leute fernerhin auch zu Feldarbeiten rc. benutzt werden. — Nachdem die Versammlung von 12 bis 2 Uhr eine Erholungspause gemacht hatte, begann die Verhandlung von Neuem. Man sprach hauptsächlich von der Gewerbeordnung im Sinne der Handwerkervereine. Auch diesmal versuchte Dr. Sachse zu opponiren, jedoch abermals ohne Erfolg. Schließlich einigte sich die Versammlung dahin, in einer Petition an die Regierung ihre Ansichten über Gewerbeordnung auszusprechen und um recht baldige Herstellung einer solchen Ordnung in ihrem Sinne zu bitten. — Gegen 6 Uhr Abends wurde die Sitzung geschlossen. — Die zweite Sitzung beginnt morgen früh um 9 Uhr.

Frankfurt a. M., 6. August. Nach der in der letzten Sitzung der Bundesliquidations-Kommission von den österreichischen Bevollmächtigten zu Protokoll gegebenen Erklärung hat Preußen, in Folge direkter Verständigung, es übernommen, wegen der Kosten der holsteinischen Exekution von 1863—64 direkt an Oesterreich die Summe von 1,524,151 Fl. 35 Kr. zu zahlen. Die Kaiserliche Regierung hat sich übrigens hierbei vorbehalten, wegen ihres Antheils am unbeweglichen Bundeseigenthum mit den jetzigen Besitzern der ehemaligen Festungen, und wegen ihrer Forderung aus der holsteinischen Bundesexekution von 1851 und 1852 mit der Königlich preußischen Regierung, als Rechtsnachfolgerin der Herzoglich holsteinischen Regierung, weitere Verhandlungen zu pflegen.

Stuttgart, 5. August. Die Regierung hat so eben den Hauptfinanzetat 1867—1870 veröffentlicht. Nach demselben erreicht der Staatsbedarf für jedes Jahr die Summe von 21,481,819 Fl. 44 Kr., um 4,417,583 Fl. 46 Kr. mehr, als in der vorigen Finanzperiode. Bewilligt der Landtag diese Summe Herrn v. Varnbüler, so wird er in der bevorstehenden Finanzperiode mehr als 100 Stunden Eisenbahn bauen, wobei es sich indessen weniger um den Bau neuer als die Vollendung schon begonnener Linien handelt.

Ausland.

Wien, 5. August. Man bemüht sich von offiziöser Seite, das Publikum zu dem Glauben zu bekehren, daß die Konferenzen der am Donnerstag zusammentretenden Deputationen schon in sehr kurzer Frist ein befriedigendes Resultat ergeben werden, aber die Zweifelsucht hat sich aller Kreise mit verdoppelter Macht bemächtigt und selbst wenn die Deputationen sich rasch und vollständig verständigen sollten, wird es doch noch anderer Thatsachen bedürfen, um den Glauben in das Gelingen des Ausgleichungswerkes zu befestigen. Die Hauptschuld an diesem Mißtrauen trägt die Reichsrathsmajorität, welche während der letzten Sitzungsperiode so wenig schöpferische Energie bewiesen hat, daß man sie nicht mehr für jene mächtige Stütze hält, deren doch die Regierung zur Realisirung ihrer Projekte so dringend bedarf. Hr. v. Beust soll persönlich über die Zerfahrenheit in den Kreisen der deutschen Abgeordneten sehr verstimmt sein, und man behauptet sogar, daß in den maßgebenden Regionen bereits erwogen wird, ob nicht auf andere Weise, vielleicht mittelst Reintegrirung des von Belcredi beabsichtigten außerordentlichen Reichsraths eine lebensfähigere Majorität zu erzielen wäre. Näheres über diese dermal noch unverbürgten Gerüchte dürfte wohl erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Gastein zu erfahren sein, welche für das Ende dieses Monats erwartet wird. Daß Herr v. Beust vorher nach Karlsbad gehen werde, um mit dem daselbst verweilenden französischen Minister Rouher zu konferiren, wird mir von unterrichteter Seite als unwahr bezeichnet, dagegen wird der Herr Reichskanzler während des Besuchs des Kaisers der Franzosen in Salzburg anwesend sein, ohne daß aber andere Motive, als die der Kurtoisie dabei maßgebend wären.

Während der Anwesenheit des Kaisers im Lager bei Bruck

haben daselbst Probeschießen mit den neuen Hinterladungsgewehren stattgefunden, die im Ganzen befriedigend ausgefallen sein sollen. Es sind gegenwärtig aber von den neuen Gewehren erst so viele fertig, daß an jedes Regiment nur einige Exemplare zur allmäligen Einübung der Mannschaft abgegeben werden können. Bis zur allgemeinen Einführung der neuen Bewaffnung dürfte noch eine geraume Zeit, in militärischen Kreisen spricht man von zwei Jahren, verstreichen.

Sehr auffällig ist es, daß in unserer militärischen Administration in rascher Folge viele Fälle von Veruntreuungen entdeckt werden. Vor Kurzem ist hier ein Artillerieoffizier eingezogen worden, welcher die seiner Verwaltung anvertrauten Pulver- und Bleivorräthe an Private verkauft hat, und wegen des gleichen Vergehens ist so eben der Kommandant der Insbrucker Artilleriematerial-Verwaltung in Haft genommen worden. Die Verbrechen Einzelner können zwar nicht dem Ganzen zur Last gelegt werden, aber es ist immerhin ein Symptom, wenn derartige Fälle sich häufig nacheinander wiederholen. Die Chronik der Defraudationen in unserer Militärverwaltung ist eine sehr umfangreiche; in den 50er Jahren mußte sogar die Untersuchung wegen Unterschlagung bei allen Monturs-Kommissionen niedergeschlagen werden, weil die Zahl der Kompromittirten Dimensionen annahm, die einen allgemeinen Skandal zu erzeugen drohten.

Bern, 3. August. So eben ist dem Bundesrathe durch die französische Gesandtschaft die Mittheilung gemacht worden, daß zwischen Frankreich und Oesterreich gegenwärtig Unterhandlungen im Gange sind, welche den Beitritt dieses letzteren Staates zu dem zwischen Frankreich, Italien, Belgien und der Schweiz abgeschlossenen Münzvertrage in Aussicht stellen. In der letzten Sitzung des Bundesrathes legte das eidgenössische Finanzdepartement auch die Protokolle der in Paris jüngsthin abgehaltenen internationalen Münzkonferenz vor, welche bekanntlich zu der Annahme folgender Grundsätze geführt hat: 1) Goldwährung; 2) Annahme eines goldenen Fünffrankenstückes; 3) Münzeinheit hinsichtlich der Festsetzung des Gewichts und der Größe uud Eintheilung der Scheidemünze nach dem Dezimalsystem. Die 20 an der Münzkonferenz betheiligt gewesenen Regierungen werden jetzt die Münzfrage weiter studiren, um dann in der nächsten Konferenz, welche auf den 18. Februar 1868 angesetzt ist, ihre definitive Erklärung abzugeben. — Die Zahl der in der Schweiz Asyl suchenden flüchtigen Hannoveraner ist jetzt auf 220 gestiegen. Andere sollen noch folgen. Es sind lauter junge, kräftige Leute, die entweder schon Militär waren oder jetzt unter die Fahne einberufen wurden.

Paris, 5. August. Die Einnahmen der Ausstellung wollen noch immer nicht nach Wunsch steigen; man hofft jedoch, daß die Feste und die Extrazüge zum 15. August eine Menge Leute aus der Provinz herbeiführen werden. Unter den bisherigen Besuchern sind die Pariser fortwährend in der Minderzahl, und sie scheinen überhaupt die letzten Tage abwarten zu wollen, um den Industrie-Palast zu besuchen. Die Verwaltung der Ausstellung trägt die Weigerung so vieler Aussteller, die ihnen zuerkannten Medaillen anzunehmen, mit Resignation. Mehrere dieser Industriellen setzen auf ihre Fabrikate den Vermerk, daß sie eine Medaille erhalten, dieselbe aber zurückgewiesen haben.

— Die „Débats" enthalten wieder einen Artikel über die römische Frage. Sie suchen darin zu beweisen, daß die Römer jetzt lange genug auf die Reformen gewartet haben, welche ihnen der römische Stuhl versprochen. Man müsse anerkennen — meinen sie — daß die päpstliche Regierung durch die zu ihrer Existenz nothwendige oder nicht nothwendige Unbeweglichkeit die revolutionäre Frage aufgestellt habe. Es heiße zwar, fügen sie hinzu, daß der Bischof von Orléans (Dupanloup) zum zukünftigen Nachfolger des Papstes bestimmt sei, aber sie glauben nicht, daß die Aussicht auf ein so ungewöhnliches Ereigniß den Gedulds-Kontrakt erneuern werde, welchen die Römer eingegangen wären. Die „Débats" haben schon mehrere Male auf die Eventualität des Ausbruches einer Revolution in Rom hingewiesen und sich im Voraus für die Anerkennung des Resultates, das sie haben werde, ausgesprochen. Man schließt daraus, daß ihnen der Auftrag geworden, auf ein solches Ereigniß vorzubereiten. Unwahrscheinlich ist es sogar nicht, daß sie in dieser Angelegenheit auch von der hiesigen Regierung inspirirt sind, die befürchtet, daß, wenn man sich der Vereinigung Roms mit dem Königreiche Italien zu lange widersetzen werde, es leicht geschehen könne, daß man dort die Republik proklamire.

Paris, 7. August, Vormittags. Der „Moniteur" meldet, daß eine zweite Depesche von dem Gesandten Dano aus Mexiko via St. Nazaire eingetroffen ist. Diese Depesche sei aber am 8. v. M., also einen Tag früher aufgegeben, als die erste, am 24. v. M. veröffentlichte Depesche. Aus dem Inhalt der Depesche führt der „Moniteur" an, daß Juarez baldigst in der Stadt Mexiko erwartet wurde.

Florenz, 2. August. Die Affaire Dumont hat die Deputirten in nachhaltige Aufregung versetzt. In der gestrigen Sitzung der Kammer wurde das Auftreten des Generals zur Sprache gebracht und die Verhandlung bewies, daß auch die Regierung die Zeit gekommen erachtet, eine neue politische Haltung Frankreich gegenüber zu beobachten und sich nicht länger von demselben am Gängelbande leiten zu lassen. Miceli, von der äußersten Linken, ersuchte den Konseilspräsidenten, seine bei der ersten Interpellation in Aussicht gestellten Mittheilungen über diese Angelegenheit zu vervollständigen und das Resultat seiner desfälligen Reklamation bei dem französischen Kabinet vorzulegen. Rattazzi ließ sich nicht lange bitten. Hr. Miceli, sagte er, scheine zu befürchten, die Regierung könne in etwas hinter ihren Pflichten für die Aufrechterhaltung der Würde des Landes zurückbleiben und die päpstliche Antibeslegion könne eine französische Intervention maskiren. In beiderlei Hinsicht möge er ohne Sorge sein. Die Antibessoldaten seien allerdings Franzosen, aber seitdem sie die päpstliche Uniform angelegt, hätten sie aufgehört, es zu sein. „Für uns giebt es keine französische Soldaten in Rom" (Beifall). Die französische Regierung habe denn auch erklärt, daß die Revue des Gen. Dumont bei diesen ehemaligen Franzosen keinen anderen Zweck gehabt habe, als sich nach den Ursachen der so zahlreichen Desertionen zu erkundigen. Darum sei er von dem Kriegsminister Niel ersucht worden; von der Regierung habe er durchaus keine Mission gehabt. Was die italienische Regierung betreffe, so werde sie eben so sehr ihre Rechte zu wahren wissen, als ihre Pflichten erfüllen. Da die französischen Explikationen ihr noch nicht genügend erschienen, habe sie ihren Repräsentanten in Paris, Herrn Nigra, zu sich gerufen. Dieser sei erst gestern Abend eingetroffen, die Regierung sei also noch nicht im Stande, weitere Details zu geben. — Rattazzi's Erklärungen wurden von allen Parteien beifällig aufgenommen. Sella, dem die Dumont'sche Mission gleich seinen meisten Kollegen trotz aller Versicherungen der französischen Regierung sehr verdächtig vorkam, bat um die Vorlegung der betreffenden diplomatischen Schriftstücke; Rattazzi hatte dagegen nichts einzuwenden. Crispi und Sirtori theilten die Ansicht Micelis, daß mittelst der Antibeslegion der Septembervertrag habe umgangen werden sollen. Am Schluß der Verhandlungen hatte die Kammer die Wahl zwischen zwei Tagesordnungen, einer gemäßigten, von Sirtori und Sella vorgeschlagen, und einer entschiedeneren von Ferrari, welche das Ministerium auffordert, um „jeden Preis" die Nichtintervention (Frankreichs) aufrecht zu erhalten. Rattazzi und seine Kollegen erklärten sich für diese letztere Fassung, die denn auch von der ganzen Kammer, einige Furchtsame ausgenommen, votirt wurde.

Florenz, 7. August, Mittags. Ritter Nigra kehrt demnächst nach Paris zurück. Baron Malaret verläßt Florenz mit Urlaub. Man glaubt an seine Abberufung von dem hiesigen Gesandtschaftsposten.

Rom. Die Stimmung ist hier außerordentlich niedergeschlagen, besonders unter den Fremden, erbittert unter den Römern. Durch die Heiligsprechung, welche unklugerweise in die gefährlichste Jahreszeit verlegt wurde, ist die asiatische Cholera in unser Gebiet gebracht worden, welche nun mit der außerordentlichsten Strenge auftritt. Einheimische und Fremde flüchten, aber Viele sind schon dem Ungeheuer erlegen, unter andern die Gattin des bekannten Bildhauers Voß, eine Rheinländerin, und zwar nach einem Krankenlager von nur zwei Stunden. Die Seuche hat die politische Spannung auf das Unglaubliche vermehrt un es ist nicht zu sagen, was noch folgen kann. Daß die Bewegungspartei es nicht an Reizmitteln fehlen läßt, versteht sich von selber.

Konstantinopel, 7. August. Der Sultan ist heute früh 9 Uhr hier wieder eingetroffen. Die ganze Stadt ist festlich geschmückt. Abends wird eine Beleuchtung der Ufer des Bosporus stattfinden.

Pommern.

Stettin, 8. August. Die eine Zeit lang ins Auge gefaßte Absicht, das in Pyritz garnisonirende Füsilierbataillon des pomm. Grenadier-Regiments (Colberg) No. 9 nach Stargard zu verlegen, ist jetzt definitiv aufgegeben. Se. Königl. Hoheit der Kronprinz hat das Versprechen gegeben, daß Pyritz das Bataillon als Garnison behalten soll.

— Eine nicht geahnte außergewöhnliche Schnelligkeit im Laufen entwickelte gestern ein in der Regel an einer Krücke gehender Bettler Namens Mülbe, dem größeren Publikum vielleicht dadurch bekannt, daß man ihn häufig in den Hauptpromenaden der Anlagen bettelnd antraf. M. wurde gestern nämlich in dem Geschäftslokale des Instrumentenhändlers Grimm in der Breitenstraße, wo er ebenfalls bettelte, bei dem Diebstahl einer Quantität Pferdehaare im Werthe von 18 Thlr. ertappt; um seiner Festnahme zu entgehen, ergriff er, nachdem er seine Krücke fortgeworfen, schleunigst die Flucht und rannte so schnell, daß ein flinker Dienstmann Mühe hatte, ihn endlich in der Nähe der Papenstraße einzuholen. Er wurde demnächst einem Polizeibeamten überliefert und verhaftet.

— Am nächsten Sonntag findet wiederum eine Extrafahrt von Berlin nach hier statt, der sich eine Dampfschiffs-Extrafahrt von hier nach Swinemünde anschließt. Bisher sind letztere Fahrten während dieses Sommers fast stets verregnet; wir wünschen den Theilnehmern deshalb diesmal besonders gutes Wetter.

— Der Küster und Schullehrer August Boese ist in Crüssow, Synode Werben, unter Vorbehalt des Widerrufs angestellt.

— Heute wurde mit der Pflasterung des „Victoriaplatzes" begonnen. Gleichzeitig erfolgt die Niederlegung der Wälle im nächst gelegenen Bauviertel zwischen dem Victoriaplatz und der Bastion X. und die Ausfüllung der Gräben mit dem dadurch gewonnenen Material. Bekanntlich soll in diesem Bauviertel das neue Oberpostdirektionsgebäude errichtet werden.

— Das Ober-Tribunal hat den wichtigen Rechtsgrundsatz acceptirt, daß Wirthe und Restaurateure, als unter Art. 10 des Handelsgesetzbuchs fallend, zur Buchführung und Bilanzziehung nicht verpflichtet sind, mag der Umfang des Geschäfts noch so bedeutend sein.

— Die „Trib." macht darauf aufmerksam, daß man in Drucksachen, Zeitungen 2c., welche unter Kreuzkouvert verschickt werden, keine Striche oder Kreuze mit Dinte, Rothstift 2c. mache, da die Postbehörde auch dergleichen ins Auge springende Vermerke als Kontravention mit fünf Thalern Geldbuße ahndet. Wird der Rekurs innerhalb zehn Tagen gegen ein derartiges Strafresolut bei der Oberpostdirektion eingelegt, so mildert dieselbe zwar in der Regel die qu. Strafe bis auf einen Thaler, man erspart sich aber auch diesen Schmerz, wenn man dergleichen Randverzierungen unterläßt, wie es überhaupt wohl das Empfehlenswertheste bleibt, Sendungen unter Kreuzband persönlich dem Beamten am Schalter zu überreichen.

— Die amerikanische Kriegskorvette „Frolic" ist, wie es heißt, hier erschienen, um die amerikanische Flagge in den preußischen Gewässern zu zeigen und Beweis abzulegen von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Nationen. Zugleich soll sie die Gemahlin des Admirals und andere Damen an Bord nehmen, falls diese von Paris, von wo aus sie die Reise nach Berlin über Land machen wollten, schon eingetroffen sein sollten. Dem Publikum soll der Besuch des Schiffes morgen zwischen 10 bis 4 Uhr gestattet werden.

— Auf der hiesigen Provinzial-Gewerbeschule wurde an den letzten drei Tagen das mündliche Abiturienten-Examen abgehalten und die diesjährige Entlassungs-Prüfung heute beendigt. Die Königl. Prüfungs-Kommission, unter dem Vorsitz des Departementsraths Staberoh, erkannte 13 Examinanden das Zeugniß der Reife zu und zwar 5 mit dem Prädikat „gut bestanden", den übrigen mit dem Prädikat „hinreichend bestanden".

Stolp, 6. August. In der letzten General-Versammlung des konservativen Vereins wurde der Abgeordnete v. Denzin als Kandidat für den Reichstag des norddeutschen Bundes aufgestellt und als solcher einstimmig angenommen. Hierauf gab der anwesende Abgeordnete Professor Dr. Glaser einen Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit unserer Abgeordneten auf dem Landtage. Der Redner sprach zunächst seinen Dank aus für das ihm durch Uebertragung des Mandats erwiesene Vertrauen und erörterte dann die Thätigkeit des Landtages seit seiner Zusammenberufung im August v. J.

Vermischtes.

— (**Die Krankheit der Kaiserin Charlotte.**) Schon früher war angedeutet worden, daß der Irrsinn der Kaiserin Charlotte durch Vergiftung hervorgebracht sei; jetzt bringt der Pariser Figaro, dessen Mittheilungen allerdings in der Regel sehr der Bestätigung bedürfen, eine Reihe von Briefen, welche die Krankheit der Kaiserin näher erklären sollen. „Zweifeln Sie nicht", heißt es in einem dieser Briefe, „dieser Irrsinn ist das Resultat dieses Verbrechens; man wußte davon, bevor es begangen wurde; ich schicke Ihnen deshalb zwei amerikanische Zeitungen. Sie sprechen von einem Irrsinns-Anfall, den die Kaiserin an Bord des Paketbootes hatte. Nun konnte, da sich die Kaiserin auf hoher See befand, zu jener Zeit noch keine Nachricht davon nach unserem Festlande (Südamerika) gelangt sein." Ein anderer Brief lautet: „Ihre Majestät wurde durch ein Billet, das zu Vera-Cruz in einer Toiletteschachtel sich vorfand, gewarnt, daß ihr Leben durch eine „befreundete Hand" bedroht sei. Sie schiffte sich ein, ohne äußerlich das geringste Mißtrauen zu verrathen. Dennoch hat man uns hinterbracht, daß sie sich während der Ueberfahrt hütete, mit *** allein zu sein; sie nahm nichts außer dem Schiffsmahle zu sich und weigerte sich, eine Tasse Chokolade, die von ** bereitet war, anzunehmen. Sie hatte in Folge jener Warnung einen Widerwillen gegen ihre Umgebung." Nachfolgende Erklärungen wurden über den Zeitpunkt, wann das Verbrechen begangen wurde, und über dessen unverzügliche Konsequenzen gegeben: „Die Vergiftung wurde auf der Reise nach Rom vollzogen. Früher zeigte sich keine Spur davon; hatte man einen Versuch gemacht, so mißglückte er. Die Dosis wurde am Vortage oder am Morgen der Audienz im Vatikan verstärkt. Einige Theilchen mehr, und der Tod wäre unverzüglich erfolgt; ich finde nach anderen Mittheilungen aber Symptome des Vaudoux-Giftes." Das genannte Gift tödtet oder schläfert ein, macht stumpfsinnig und blöd und führt die tolle Raserei herbei, je nachdem man auf das Opfer die eine oder die andere Wirkung hervorbringen will. Die Erkundigungen, die darüber in New-Orleans und Mexiko eingeholt wurden, lauten: „Die Vaudoux, aus Afrika stammend, sind bei uns sehr verbreitet; sie bilden eine gefürchtete Sekte. Welchen Zweck sie eigentlich verfolgen, darüber sind die Meinungen getheilt. Privat- und politische Interessen, Habsucht und Rache leiten sie bei ihren Verbrechen. Sie sind oft die blinden Werkzeuge. Sie besitzen wichtige Geheimnisse über die Eigenschaften einiger Pflanzen; sie bereiten daraus Parfums oder Gifte, deren Wirkungen verschieden sind. Die einen tödten langsam, andere wie der Blitz, noch andere greifen die Vernunft an, schwächen oder zerstören sie. Sie kennen auch die Gegengifte. Viele Kreolen, Weiße und Farbige sind Mitglieder dieser Sekte; Einige davon nehmen eine hervorragende Stellung in der Gesellschaft ein."

Einer meine Freunde, erzählt d'Auvergne, der diese Brieffragmente mittheilt, sagt, daß er diese Details aus dem Munde eines Freundes in New-Orleans habe; dieser hätte in entfernten Vorstädten häufig Blechbüchsen vor den Häusern gefunden, deren Inhalt Oel und ein viereckiger Stein war. Man klärte ihn auf, daß diese Objekte als Spezificum gegen die unheilvollen Thaten der Vaudoux betrachtet wurden. Eine der bizarrsten und unfehlbarsten Erscheinungen von Vergiftung durch das Gift der Vaudoux ist die fixe Idee der Unglücklichen, daß sie in Jedermann, in ihren Freunden und Bekannten, Solche zu erkennen glauben, die sie vergiften wollen. Ich habe lange gezögert, schreibt d'Auvergne, die Details, die mir über diesen traurigen Fall seit dem Monate Juli zukamen, zu veröffentlichen. Soll die Kaiserin Charlotte, entweder aus Rache oder aus politischem Interesse vergiftet, anders noch geheilt werden, so müßte man die Mittel dazu vielleicht eben dort, nämlich in der Secte, suchen, von der das Verbrechen ausgegangen ist.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 7. August, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Der Preuße (SD), Heydemann von Königsberg. 1 Schiff im Ansegeln, muthmaßlich: Dagmar, Glad von Bergen. Wind: SW. Strom ausgehend. Revier $15\frac{1}{2}$ F.

Börsen-Berichte.

Stettin, 8. August. Witterung: trübe, gestern Abend und Nachts starker Regen. Temperatur + 18 ° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen stille, loco pr. 2125pfd. gelber und weißbunter 85—100 Rt bez., neuer ungarischer 84 Rt bez., 1 kl. Ladung weißbunter poln. $91\frac{1}{2}$ Rt bez., 83—85pfd. gelber August 98 Br. u. Gd., September-Oktober 81 Rt Br. u. Gd., Frühjahr 75 nom.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco neuer geringer 64—67 Rt bez., besserer 68—72 Rt bez., alter 68—72 Rt bez., russischer 69 Rt bez., August 64, $63\frac{7}{8}$, 64 Rt bez. u. Gd., September-Oktober $57\frac{1}{4}$ Rt Gd., Okt.-Nov. $54\frac{1}{2}$ Rt Br., Frühjahr $52\frac{3}{4}$ Rt bez, $52\frac{1}{2}$ Gd.

Gerste und Hafer ohne Handel.

Winterrübsen loco pr. 1800 Pfd. 72—82 Rt bez., September-Oktober $85\frac{1}{4}$ Rt bez. u. Br.

Winterrapps loco 80—85 Rt bez.

Rüböl etwas matter, loco $11\frac{1}{2}$ Rt Br., August und August-September $11\frac{1}{3}$ Rt Br., September-Oktober $11\frac{1}{3}$ Rt Br. u. Gd., Oktober-November $11\frac{1}{8}$ Rt bez., April-Mai $11\frac{2}{3}$ Rt Br.

Spiritus gut behauptet, loco ohne Faß $22\frac{3}{4}$ Rt bez., August $21\frac{5}{6}$ Rt bez. u. Gd., August-September $21\frac{3}{4}$ Rt bez., September-Oktober $20\frac{1}{2}$, $\frac{7}{12}$ Rt bez. u. Gd., Oktober-November $18\frac{1}{2}$ Rt Br. und Gd., Frühj. 18 Rt Br.

Angemeldet. 50 Wspl. Rübsen.

Hamburg, 7. August. Getreidemarkt. Weizen ungarischer in großen Quantitäten angeboten. Per August 5400 Pfd. netto $157\frac{1}{2}$ Bankothaler Br., 157 Gd., pr. August-September 145 Br., 144 Gd., pr. Herbst 139 Br., 138 Gd. Roggen loco ruhig. Pr. August 5000 Pfd. Brutto 108 Br., 107 Gd., pr. August-September 100 Br., 99 Gd., pr. Herbst 98 Br., 96 Gd. Spiritus höher, 34 gefordert. Oel stille, loco $24\frac{7}{8}$, pr. Oktober $24\frac{7}{8}$, pr. Mai $25\frac{1}{4}$. Kaffee ruhig. Zink fest gehalten. — Regenwetter.

Amsterdam, 7. August. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen per Oktober 218—219, sonst unverändert. Rapps pr. Oktober $70\frac{1}{2}$.

London, 7. August. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Geringe Zufuhren. Weizenumsatz unbedeutend, ungefähr zu denselben Preisen wie am vergangenen Montage. Anfänglich gestellte höhere Forderungen wurden nicht acceptirt. Hafer auf stärkere Nachfrage fester. — Regen.